

[REDACTED]

An

Bayer Aktiengesellschaft  
Gebäude Q 26 (Rechtsabteilung)

Kaiser-Wilhelm-Allee

51368 Leverkusen

Betr.: Hauptversammlung am 27. April 2007

Zu Punkt 4 der Tagesordnung stelle ich hiermit den Antrag,  
Hr. Dr. Kleinfeld nicht in den Aufsichtsrat zu wählen. Man  
solle ihm Zeit und Gelegenheit geben, seinen Laden an der  
Isar in Ordnung zu bringen.

Mt. freundl. Grüßen

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Bayer Aktiengesellschaft  
Gebäude Q 26 (Rechtsabteilung)  
Kaiser Willem Allee  
51368 Leverkusen

Betreff: Hauptversammlung 27.4.2007

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Punkt 4 der Tagesordnung stelle ich folgenden Gegenantrag:

Herr Dr. Klaus Kleinfeld ist durch einen geeigneten anderen Kandidaten im Wahlvorschlag für die Vertreter der Anteilseigner zu ersetzen.

Begründung:

Punkt 4 der Tagesordnung sieht als Vorschlag des Aufsichtsrates unter anderem die Wahl von Herrn Dr. Klaus Kleinfeld für die Anteilseigner vor. Herr Dr. Kleinfeld steht bei der Siemens AG zusammen mit seinen Vorstandskollegen im Zentrum des Verdachts von Schmiergeldzahlungen und Korruptionsvorwürfen. Es ist für mich unvorstellbar, dass jemand mit diesem Hintergrund in den bisher als äußerst seriös geltenden Aufsichtsrat der Bayer AG für die Anteilseigner gewählt wird.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

Bayer Aktiengesellschaft  
Gebäude Q 26 (Rechtsabteilung)  
Kaiser-Wilhelm-Allee  
51368 Leverkusen

23. März 2007

## **Gegenantrag zur Hauptversammlung am 27. April 2007**

Hiermit zeige ich an, dass ich zu Punkt 2 der Tagesordnung den Vorschlägen des Vorstands und des Aufsichtsrats widerspreche und die anderen Aktionäre veranlassen werde, für den folgenden Gegenantrag zu stimmen.

### **Gegenantrag zu TOP 2: Der Vorstand wird nicht entlastet**

Der BAYER-Konzern ist – entgegen früherer Ankündigungen – in den internationalen Handel mit Giftmüll eingestiegen. Aktuell sollen in den Verbrennungsanlagen des Konzerns 4.500 Tonnen hochgiftiges Hexachlorbenzol aus Australien verbrannt werden, wofür BAYER drei Millionen Euro erhalten würde. Hexachlorbenzol gehört zu dem sogenannten „Dirty Dozen“, den gefährlichsten Giftstoffen überhaupt, die durch die Stockholmer Konvention international verboten sind. Der Stoff ist biologisch nicht abbaubar und führt bei Menschen zu Stoffwechselstörungen, Krebserkrankungen und Organschäden.

Die *Coordination gegen BAYER-Gefahren* und die Grünen hatten bereits Ende der Achtziger Jahre einen Giftmüll-Tourismus in die Werke von BAYER prognostiziert und sich daher gegen den Bau der Dormagener Sondermüllverbrennungsanlage sowie die Erweiterung des Leverkusener Müllofens ausgesprochen. Tatsächlich liefern heute 300 Firmen aus aller Welt Giftmüll nach Dormagen und Leverkusen. Die Dormagener Anlage war ursprünglich nur für Abfälle des BAYER-Konzerns sowie für Sondermüll aus dem Kreis Neuss genehmigt worden. Im Jahr 2004 wurde sie im Hauruck-Verfahren vergrößert, um Sondermüll aus aller Welt verbrennen zu können.

Der Konzern sucht die Bedenken gegen die Verbrennung von Giftmüll aus aller Welt mit den angeblich niedrigen Emissionen zu zerstreuen. Tatsächlich sind die Emissionen der Müllöfen aber keineswegs so gering, wie von BAYER stets behauptet. Allein die Leverkusener Müllverbrennungsanlage stieß im Jahr 2004 über 22 Tonnen Schwefeldioxid, 10 Tonnen Ammoniak und 160 Tonnen Stickoxide aus. In Dormagen wurden 67 Tonnen Stickoxide und knapp 5 Tonnen Schwefeldioxid emittiert. In Leverkusen verdoppelten sich die SO<sub>2</sub>-Emissionen innerhalb von vier Jahren, während

sie sich in Dormagen gar vervierfachen. Weitere Schadstoffe sind Kohlenmonoxid, Feinstaub, Lachgas und Schwermetalle.

Die Bevölkerung wird nicht nur durch den Schadstoff-Ausstoß, sondern auch durch den Transport des Giftmülls gefährdet. Immer wieder kommt es beim Transport auf Wasser, Schiene und Straße zu Unfällen. Ein weiteres Problem sind die bei der Reinigung des Abgases anfallenden Filterkuchen, die eine Vielzahl von Giftstoffen enthalten und über Jahrzehnte deponiert werden müssen. Die genaue Zusammensetzung und Menge der Filterkuchen hat BAYER trotz Nachfrage nicht veröffentlicht.

Ein weiteres Risiko für die Anwohner der Verbrennungsanlagen sind Störfälle. 1980 wurde die Leverkusener Anlage durch eine Explosion weitgehend zerstört. Im August 1986 fiel im Krefelder Müllofen die Abgaswäsche aus, und eine gelbliche Rauchwolke trat aus. Vier Monate vorher gab es eine Explosion in der Leverkusener Abfallbeseitigungsanlage, die Nitrosegase freisetzte. Die Anlieger konnten das Gas kilometerweit riechen. Im Oktober 2003 erhitze sich in Dormagen ein Container, der Reste einer Basis-Chemikalie enthielt, auf 120 Grad (Normaltemperatur: 70 Grad). Wegen der Explosionsgefahr sperrte die Feuerwehr das Gelände großflächig ab und unterbrach den Zug-Verkehr auf der Strecke Köln-Neuss.

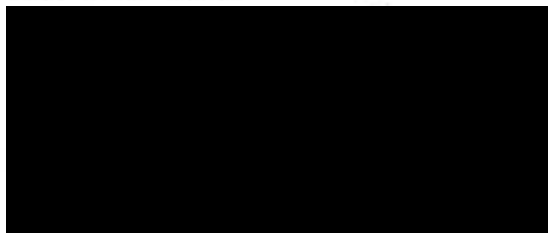
Die *tageszeitung* kommentiert denn auch treffend: „Umweltminister Uhlenberg kann die Giftverbrennung tatsächlich nicht verhindern, weil die schwarz-gelbe Landesregierung überhaupt kein Interesse daran hat, ein lukratives Auslandsgeschäft von BAYER zu torpedieren oder dem Beseitigungsstandort NRW zu schaden. Wer wirtschaftlich denkt, darf den Giftmülldeal nicht platzen lassen. Wer sich tatsächlich um die Gesundheit seiner Landsleute und die immensen Umweltrisiken auf dem langen Seeweg sorgt, der könnte das!“

Wegen schärferer Umweltgesetze reduzierte BAYER zwar den Ausstoß von Schadstoffen - aus freien Stücken hätte der Konzern jedoch kaum in neue Techniken investiert. BAYER gibt das auch ganz offen zu: „Die Anforderungen der 17. BImSchV (Bundesimmissionsschutz-Verordnung) machten Mitte der 90er Jahre eine weitergehende Rauchgasreinigung notwendig“, heißt es in einer Broschüre von BAYER. Gegen solche neuen Richtlinien sträubte sich der Konzern stets bis zuletzt. Er ging Anfang der 90er Jahre sogar so weit, gegen das Abfallgesetz und eine Fernüberwachung von Emissionen zu klagen.

Die Abfallimporte nach Nordrhein Westfalen belaufen sich schon jetzt auf mehr als 2,4 Millionen Tonnen jährlich, rund ein Viertel davon ist Sondermüll. Es ist nicht hinnehmbar, dass eine dicht besiedelte Region wie NRW, die bereits eine hohe Umweltbelastung aufweist, zum Ziel internationaler Giftmülltransporte wird. Die kommerziellen Interessen von BAYER und anderen „Entsorgern“ müssen daher hinter dem Gesundheitsschutz der Bevölkerung zurücktreten.

Der Vorstand trägt die Verantwortung für die Verbrennung von Giftmüll aus aller Welt bei BAYER und die damit einhergehenden Gefährdung der Bevölkerung. Weitere Informationen zum Thema finden sich auf der homepage der *Coordination gegen BAYER-Gefahren* unter: [www.CBGnetwork.de](http://www.CBGnetwork.de)

Um Mitteilung dieses Gegenantrags sowie der Begründung darf ich gemäß §§ 125, 126 AktG bitten.



# Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V.

Für Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER weltweit!

[REDACTED]  
Bayer Aktiengesellschaft  
Gebäude Q 26 (Rechtsabteilung)  
Kaiser-Wilhelm-Allee  
51368 Leverkusen

21. März 2007

## Hauptversammlung am 27. April 2007

Hiermit zeigen wir an, dass wir zu den Punkten 2, 3 und 4 der Tagesordnung den Vorschlägen des Vorstands und des Aufsichtsrats widersprechen und die anderen Aktionäre veranlassen werden, für die folgenden Gegenanträge zu stimmen.

### Gegenantrag zu TOP 2: Der Vorstand wird nicht entlastet

**Begründung:** Der BAYER-Konzern verstieß im vergangenen Geschäftsjahr massiv gegen die Regeln einer angemessenen Unternehmensführung. Der Vorstand trägt hierfür die Verantwortung.

Es folgt eine Auswahl aktueller Problemfälle. Hintergründe hierzu finden sich auf der homepage der *Coordination gegen BAYER-Gefahren* unter [www.CBGnetwork.de](http://www.CBGnetwork.de) Unter [CBGnetwork@aol.com](mailto:CBGnetwork@aol.com) können weitere Informationen angefordert werden.

An Allerheiligen ließ BAYER am Grab des ehemaligen Aufsichtsratsvorsitzenden Fritz ter Meer einen Kranz aufstellen. Fritz ter Meer war während des 2. Weltkriegs verantwortlich für den Bau des IG Farben-Werks Auschwitz, in dem rund 30.000 Zwangsarbeiter den Tod fanden. Im Nürnberger Prozess wurde Fritz ter Meer wegen Ausbeutung von Sklavenarbeitern und Plünderung zu sieben Jahren Haft verurteilt. In den Vernehmungen äußerte er, den Zwangsarbeitern sei kein besonderes Leid zugefügt worden, „da man sie ohnedies getötet hätte“. Die fortgesetzte Ehrung eines verurteilten Kriegsverbrechers durch die BAYER AG ist unerträglich.

BAYER weigert sich weiterhin, eine aussagekräftige Klimabilanz vorzulegen. Im Gegensatz zur BASF macht BAYER keine Angaben zu den CO<sub>2</sub>-Emissionen seiner Zulieferer von Strom und Dampf. Die von BAYER behauptete Reduktion des Ausstoßes von Treibhausgasen basiert zum Teil schlicht auf der Ausgliederung der Energieversorgung – ein Bilanztrick, der dem Klima nicht hilft. In Uerdingen will BAYER zudem ein von der Firma Trianel geplantes Steinkohle-Kraftwerk betreiben, das allein für über 4 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Jahr sorgen würde. Hierdurch würde eine klimaschädliche Stromproduktion für Jahrzehnte festgeschrieben.

[REDACTED]

Häufig kommt es bei BAYER zu schweren Unfällen. Die Störfall-Risiken sind zum großen Teil hausgemacht. Die Belegschaft wird seit Jahren ausgedünnt, für viele Unfälle sind die ständig steigende Arbeitsbelastung sowie Sparmaßnahmen in sicherheitsrelevanten Abteilungen verantwortlich.

- So kam es in der TDI-Produktion des BAYER-Werks Baytown im September zu einer schweren Explosion. Neben krebserregenden Chemikalien traten mehrere Tonnen des giftigen Gases Ammoniak aus. 22 Arbeiter mussten in einem Krankenhaus behandelt werden, die Anlage wurde für drei Monate geschlossen. Schon 2004 war es in Baytown zu einer großen Explosion mit darauf folgendem Brand gekommen. Die TDI-Produktion von BAYER steht seit langem in der Kritik, da hierbei große Mengen des Giftgases Phosgen eingesetzt werden. TDI kann auch ohne Phosgen hergestellt werden, BAYER hat entsprechende Verfahren jedoch nicht zur Produktionsreife entwickelt. Hierdurch werden Mitarbeiter und Anwohner einem erhöhten Risiko ausgesetzt.
- Am 16. Januar 2007 explodierte im BAYER-Werk Belford Roxo (Brasilien) eine Produktionsanlage für Pestizide. Drei Mitarbeiter wurden verletzt. Die Explosion war in einem Umkreis von fünf Kilometern zu hören, die Herstellung des Agrogifts Tamaron musste vorerst eingestellt werden.
- Am 5. November kam es in der Uerdinger Kohlenmonoxid-Anlage zu einer Verpuffung mit folgendem Brand. Auch diese Produktionsanlage musste wochenlang geschlossen werden.
- Auf dem Gelände des BAYER-Chemieparks in Dormagen kam es am 3. Juli in einem Reaktor zur Herstellung von Polyethylen zu mehreren Explosionen. Acht MitarbeiterInnen wurden dabei verletzt.
- Am 27. Juni trat im Leverkusener BAYER-Werk Fluorwasserstoff aus. Elf Mitarbeiter mussten in eine Klinik eingeliefert werden.

Die *Coordination gegen BAYER-Gefahren* veröffentlichte auf ihrer homepage eine Störfall-Chronik, in der 70 Unfälle in BAYER-Werken seit 1994 dokumentiert sind. Die vollständige Liste findet sich unter: [www.CBGnetwork.de/476.html](http://www.CBGnetwork.de/476.html)

Der BAYER-Konzern will die *Bayer Industry Services* (BIS) zerschlagen, sich dabei von wesentlichen Geschäftsteilen trennen und auf diese Weise 3.000 Arbeitsplätze ausgliedern oder vernichten. Weder eine mangelnde Auslastung noch rote Zahlen zwingen das Unternehmen zu den Einschnitten – im Gegenteil. Die von BIS angebotenen Leistungen werden in den BAYER-Werken benötigt, der Gesamt-Konzern ist hochprofitabel. Im Zuge der Umstrukturierung zu einer Holding hatte BAYER in der Service-Gesellschaft BIS alles geparkt, was keinen Gewinn abwirft, um die anderen Unternehmensteile zu entlasten und um spätere Ausgliederungen zu erleichtern. Es ist nicht hinzunehmen, dass sich der Konzern derart seiner Verantwortung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entzieht.

Im vergangenen Jahr kam eine Studie des Mediziners Dennis Mangano zu dem Ergebnis, dass die Verwendung des BAYER-Medikaments Trasyolol das Risiko von Herzinfarkten, Schlaganfällen und Nierenversagen stark erhöht.

Nun kam heraus, dass BAYER der US-Medikamentenaufsicht FDA negative Studienergebnisse zu Trasyolol bewusst vorenthielt. Am 21. September 2007 hatte die FDA ein Komitee einberufen, in dem die Ergebnisse von Dr. Mangano diskutiert werden sollten. Dem Unternehmen lagen zu diesem Zeitpunkt neue Ergebnisse vor, wonach Patienten, die mit Trasyolol behandelt wurden, ein erhöhtes Risiko für Tod, Herzinsuffizienz und Schlaganfall haben. Die Mitglieder des Panels wurden hierüber jedoch nicht informiert. Erst durch den Hinweis eines der Autoren wurde die Behörde auf die Untersuchung aufmerksam gemacht.

Die Mitglieder des FDA-Komitees kritisieren diesen Vorgang scharf. Dr. Michael Lincoff: „Ich bin verblüfft, dass uns die Vertreter von BAYER nicht mitgeteilt haben, dass eine solche Studie durchgeführt wurde. Wir haben mit ihnen einen ganzen Tag lang darüber gesprochen, dass wir aktuelle Untersuchungen benötigen. Es ist undenkbar, dass die Repräsentanten von BAYER von der Existenz der Studie oder der Relevanz für das Komitee nichts gewusst haben“. Es ist ein schlechter Witz, wenn Sprecher von BAYER der Öffentlichkeit weiß machen wollen, sie hätten die Ergebnisse versehentlich verheimlicht. Bei Fragen von Leben und Tod verbieten sich solche Ausflüchte.

### **Gegenantrag zu TOP 3: Der Aufsichtsrat wird nicht entlastet**

**Begründung:** Der Aufsichtsrat kommt seiner Kontrollfunktion nur ungenügend nach und soll daher nicht entlastet werden. Es folgen Beispiele einer umweltfeindlichen Konzernpolitik, die vom Aufsichtsrat mitgetragen wird:

Nach einem Gutachten schwedischer Behörden, das von der *European Food Safety Authority* abgenommen wurde, drohen von dem Herbizid Glufosinat Gefahren für Verbraucher, Anwender und Natur. Schweden empfiehlt, Glufosinat zu verbieten. Fast alle gentechnisch veränderten Pflanzen im Sortiment von BAYER sind gegen Glufosinat resistent. Die Genmanipulation von Pflanzen dient nicht – wie von BAYER häufig behauptet – der Bekämpfung des Hungers, sondern der Sicherung des Absatzes von Herbiziden. Der anhaltende Verkauf von Glufosinat ist aus ökologischen Gründen jedoch nicht länger zu verantworten.

BAYER hat mehrere Reis-Sorten im Angebot, die gegen Glufosinat resistent sind. Die Sorte LL 601 befand sich jahrelang in der Nahrungskette, ohne irgendwo auf der Welt für den Verzehr zugelassen zu sein. Die Europäische Union und Japan erließen Einfuhrsperren, zahlreiche amerikanische Reisbauern verklagten den Konzern. Wenn es noch eines Beweises für die Unbeherrschbarkeit der Gentechnologie bedurfte, dann hat ihn BAYER damit erbracht.

Doch obwohl bis heute unklar ist, wie es zu der Kontamination kam, hält BAYER einen Antrag auf Import-Zulassung für eine ähnliche Reissorte (LL 61) aufrecht. Eine



Zulassung von Gen-Reis in Europa würde es BAYER und anderen Biotech-Unternehmen ermöglichen, den Anbau von genmodifiziertem Reis gerade in Entwicklungsländern voranzutreiben. Dies würde zwangsläufig zu einer genetischen Kontamination bestehender Reiskulturen führen, die Biodiversität beeinträchtigen und somit die Hauptnahrungsquelle der Dritten Welt gefährden.

BAYER versucht, in Brasilien eine Marktzulassung für gentechnisch veränderten Mais zu bekommen. Kein einziges EU-Land baut Glufosinat-resistenten Mais an. BAYER selbst hat diese Sorte in Großbritannien vom Markt genommen, denn der Anbau würde sich nicht rechnen, wenn alle Maßnahmen zum Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft vor Verunreinigungen umgesetzt würden. Studien zeigen, dass Gen-Mais-Felder langfristig stärker mit Spritzmitteln besprüht werden als Äcker mit herkömmlichen Mais. Ein Problem nicht nur für die Umwelt, auch der Mensch leidet unter dem massiven Einsatz von Glufosinat.

In vielen Teilen der Welt verkauft BAYER weiterhin Pestizide der WHO-Gefahrenklasse Ia (extrem gefährlich) und Ib (hoch gefährlich), darunter Thiodicarb, Parathion Methyl, Fenamiphos, Ethroprop, Azinphos-Methyl und Methamidophos. Besonders unter Armutbedingungen ist eine gefahrlose Anwendung solcher Agrogifte nicht möglich. Bereits vor mehr als zehn Jahren hatte BAYER angekündigt, alle Pestizide der Gefahrenklasse I vom Markt zu nehmen. Dieses Versprechen wird fortwährend gebrochen. Das Unternehmen trägt daher die Verantwortung für die Vergiftung Tausender Landarbeiter Jahr für Jahr.

Seit Jahrzehnten ist die hormonelle Wirkung von *Bisphenol A* bekannt – trotzdem verharmlost BAYER als größter deutscher Hersteller die Risiken und verhindert durch politische Einflussnahme ein Verbot risikoreicher Anwendungen – zum Beispiel in Babyflaschen oder der Beschichtung von Konservendosen.

BAYER, Hersteller von Levitra, startete zum Valentinstag eine scheinheilige Werbeaktion für Potenzmittel. Unter der Überschrift „Alarm in deutschen Betten“ erfährt man, dass „90 Prozent aller Männer ein Potenzmittel nehmen würden, wenn ihre Partnerin sie darum bitten würde“. Auf der zugehörigen website tritt neben der Friedensinitiative „Globaler Orgasmus – Sex soll Frieden schaffen“ das Fotomodell Jerry Hall als Botschafterin auf.

Abgesehen von den unfreiwillig komischen und sexistischen Aspekten der Kampagne ist dies ein Beispiel von unverantwortlicher Werbung für Medikamente mit hohen Nebenwirkungen. Männer werden dahingehend beeinflusst, Potenzmittel einzunehmen, obwohl in vielen Fällen nicht-medikamentöse Behandlungsmethoden zur Wahl stehen. Risiken werden mit keinem Satz angesprochen. Mit dem Hinweis, dass sich 90 Prozent aller Männer einer Behandlung nicht entziehen würden, wenn ihre Frauen es nur wünschten, sollen gesunde Personen als Zielgruppe erschlossen werden.

Die Aktion reiht sich ein in eine Vielzahl dubioser Werbemaßnahmen für Levitra: In Brasilien ließ BAYER im vergangenen Sommer Potenzpillen an Fußballfans verteilen – Warnungen vor Nebenwirkungen: Fehlanzeige. In den USA wurde eine TV-Werbung für

Levitra wegen irreführender Angaben und fehlender Hinweise auf mögliche Risiken verboten. Und in Australien wurde BAYER von *Medicines Australia*, dem Verband der Pharmaindustrie, aufgefordert, eine Kampagne für Levitra zu stoppen.

**Gegenantrag zu TOP 4: Wir schlagen vor, Axel Köhler Schnura, Diplom Kaufmann, Düsseldorf als Vertreter der Anteilseigner in den Aufsichtsrat zu wählen.**

**Begründung:** Axel Köhler-Schnura baut mit anderen seit 1978 ein internationales Netzwerk der demokratischen Kontrolle des BAYER-Konzerns auf. Er ist Gründer der *Coordination gegen BAYER-Gefahren* und hat zahlreiche Verstöße des Konzerns gegen Menschenrechte und Umweltschutzaufgaben publik gemacht. Somit ist er prädestiniert für eine gründliche, von Profitinteressen unabhängige Kontrolle des Vorstands der BAYER AG.

Um Mitteilung dieser Gegenanträge sowie der Begründungen bitten wir gemäß §§ 125, 126 AktG.

Für den Vorstand der Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V.

